

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Mühlmann (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

Warnung des Bundeskriminalamts vor linksextremistischen Anschlägen während der Wirtschafts- und Energiekrise

Laut einem Medienbericht vom 13. September 2022 warnt das Bundeskriminalamt in einem internen Bericht vor Angriffen von Linksextremisten auf Atomanlagen, Gaspipelines und den Schwerlastverkehr. Auch wenn es in Thüringen kein Atomkraftwerk gibt, so existieren gegebenenfalls Betriebe der Zulieferindustrie in Thüringen. Als Grund dafür sieht das Bundeskriminalamt die weitere Verschärfung der Wirtschafts- und Energiekrise in den kommenden Monaten.

Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales hat die **Kleine Anfrage 7/3839** vom 23. September 2022 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 9. März 2023 beantwortet:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Gefahr von Angriffen und Anschlägen auf Betriebe der Zulieferindustrie für Atomanlagen, auf Gaspipelines und auf den Schwerlastverkehr durch linksextremistisch motivierte Straftäter auf dem Gebiet des Freistaats Thüringen in den kommenden Monaten?

Antwort:

Der Landesregierung liegen gegenwärtig keine Erkenntnisse im Hinblick auf eine konkrete Gefährdung auf Bereiche der kritischen Infrastruktur vor.

Allgemein ergeben sich aus der aktuellen Lage für die linke Szene verschiedene Bezüge zu ideologisch besetzten Themenfeldern, wie beispielsweise Antimilitarismus, Antikapitalismus, Klimaschutz und Nachhaltigkeit, die zur Legitimierung von Straftaten (insbesondere Besetzungs- und Blockadeaktionen sowie Sachbeschädigungen oder Brandstiftungen) gegen den Energiesektor herangezogen werden können. Vor allem die andauernde Nutzung und der weitere Ausbau fossiler Energieträger sowie die aktuelle politische Diskussion über die Laufzeitverlängerung der drei verbliebenen deutschen Atomkraftwerke stehen gegenwärtig den Bestrebungen linker Gruppierungen und Akteure entgegen und lassen insbesondere bundesweit aber auch in Thüringen zumindest eine quantitative Zunahme von strafbaren Aktionen befürchten.

2. Stellt die Landesregierung zunehmenden Aktivismus von Akteuren und Gruppierungen aus dem Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität -links- in Thüringen fest? Falls ja, wie viele Akteure und welche Gruppierungen sind nach Erkenntnis der Landesregierung daran beteiligt?

Antwort:

Der Landesregierung liegen Informationen zu Einzelpersonen vor, die bundesweit mit Straftaten im Zusammenhang mit Klima-Aktivismus, die dem Deliktsbereich der PMK -links- zugeordnet werden, aufge-

fallen sind. In diesen Fällen wird in anderen Bundesländern, also außerhalb der Thüringer Zuständigkeit, unter anderem wegen des Tatvorwurfs der Nötigung, des Landfriedensbruchs und des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr ermittelt.

3. Welche Straftaten von sogenannten radikalen Klimaschützern und radikalen Klimaschutzorganisationen wurden in den vergangenen zwölf Monaten in Thüringen registriert (monatliche Gliederung nach Tatort, zugeordneter Gruppierung und Anzahl der Tatverdächtigen)?

Antwort:

In den vergangenen zwölf Monaten (vom 24. September 2021 bis zum 23. September 2022 [Zeitpunkt der Anfrage]) konnten keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung erlangt werden.

4. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Gefahr von Angriffen und Anschlägen (auch mögliche Besetzungsaktionen) auf Anlagen von Energiekonzernen, Stadtwerken und Energiezulieferern durch linksextremistisch motivierte Straftäter auf dem Gebiet des Freistaats Thüringen in den kommenden Monaten ein?
5. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Gefahr von Angriffen und Anschlägen (auch mögliche Besetzungsaktionen) auf Bereiche der kritischen Infrastruktur durch linksextremistisch motivierte Straftäter auf dem Gebiet des Freistaats Thüringen in den kommenden Monaten ein?

Antwort zu den Fragen 4 und 5:

Auf die Antwort zu Frage 1 und die dortige Lagebewertung wird verwiesen.

Maier
Minister